

# KKZ

## Kommunal-Kassen-Zeitschrift

Fachzeitschrift für die Kommunale Kassen- und Vollstreckungspraxis

60. Jahrgang 2009



Herausgeber: Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.

Verlag Reckinger · Siegburg

# Kommunal-Kassen-Zeitschrift

60. Jahrgang 2009

Heft 1 — 12; Januar — Dezember 2009

## Hauptbeiträge

Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen durch Inkassounternehmen zulässig? (Glotzbach)	2	Zusammenarbeit von Kommunen mit privaten Inkassounternehmen (Jordan)	108
Prüfung von Gewerbesteuer und Grundsteuer im Insolvenzfall (App)	25	Zur Rücknahme des Widerspruchs gegen eine angemeldete Insolvenzforderung (App)	109
Zur sachgerechten Liquidierung der Insolvenzmasse zwecks Verteilung unter den Gläubigern (App)	49	Zur Form der Verteilung im Insolvenzverfahren (App)	109
Inanspruchnahme von privaten Inkassoeinrichtungen beim kommunalen Forderungseinzug — Datenschutzrechtliche Grenzen — (Rößler)	73	Zur Niederlegung der Insolvenztabelle beim Insolvenzgericht (App)	134
FAQ — Antworten auf häufig gestellte Fragen zum externen kommunalen Forderungseinzug durch private Inkassofirmen — Teil I — (Hagemann)	101	Kurzüberblick über die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens (App)	135
Investitionsrechnung in Kommunalverwaltungen am Beispiel der Anschaffung von Dienstwagen für die Vollziehungsbeamten (Wilke)	121	Vollstreckungsaufschub (Brix)	135
FAQ — Antworten auf häufig gestellte Fragen zum externen Forderungseinzug durch private Inkassofirmen — Teil II — (Hagemann)	124	Zur neuen Regelungszuständigkeit der Bundesländer für die Vollstreckungsvergütung (Hagemann)	152
Meditation — Lösung für verwaltungsrechtliche Konflikte, speziell im Abgabenverwaltungsrecht? (Singer)	145	Steht ein Grundpfandrecht der Gemeinde der Vollstreckung in bewegliches Vermögen des Vollstreckungsschuldners entgegen? (App)	153
Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur ZPO-Zwangsvollstreckung im Jahre 2008 — Teil I — (Hornung)	169	Zum Antrag auf Widerruf einer Restschuldbefreiung (App)	154
Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur ZPO-Zwangsvollstreckung im Jahre 2008 — Teil II — (Hornung)	193	Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen durch private Inkassounternehmen — ergänzende Hinweise zu rheinland-pfälzischen Rechtsnormen (Heuser)	203
Zur Bedeutung der Erklärung nach § 35 II 1 Insolvenzordnung (Klomfaß)	241	Handlungsbedarf für die Gemeinde im Schlusstermin eines Insolvenzverfahrens (App)	205
Das Recht kommunaler Eigenbetriebe (Prof. Schmid)	266	Persönliche Haftung für Grundsteuer nach der Zwangsversteigerung (Reppert)	207
		Zur Fahrzeugzulassung für hessische Vollstreckungsschuldner im Verbraucherinsolvenzverfahren (App)	220
		Merkblatt eidesstattliche Versicherung (Brix)	221
		Erfolgreiches Projekt der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Hameln-Pyrmonter Modell der Zentralen Vollstreckungsbehörde (Adomat)	224
		Schicksal von Insolvenzforderungen bei „Freigabe“ einer selbständigen Tätigkeit durch den Insolvenzverwalter (App)	243
		Zur Unterscheidung zwischen der Bruchteilsgemeinschaft und der Gesamthand (App)	244
		Überblick zum Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes (Heuser)	245
		Zu den Folgen einer Sicherungsübereignung nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Sicherungsgebers (App)	273
		Zur fehlenden Insolvenzfähigkeit (App)	273
		<b>Kassenthemen</b>	
		Erlaß von Nachtragshaushaltssatzungen (Prof. Schmid)	10
		Einführung der Doppik und Haushaltsausgleich (Prof. Schmid)	33
		Rechtfertigung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen (Prof. Schmid)	75
		Begriff und Arten der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen (Prof. Schmid)	104

Forderungsbewertung (Sturme)	126	Zum Insolvenzantragsrecht eines dinglich voll gesicherten Gläubigers; Zur Zulässigkeit eines Insolvenzantrags	
Doppik — mehr Frust als Lust (Treber)	131	BGH, Beschluss vom 29. 11. 2007 — IX ZB 12/07 —	93
Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung, Zielsetzungen und Rechtsformen — Teil 1 — (Prof. Schmid)	175	Grundstückslast als Gesellschaftsvermögen einer GbR/BGB-Gesellschaft; Zur Bedeutung des grundbuchlichen Zusatzes „als Gesellschafter bürgerlichen Rechts“	
Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung, Zielsetzungen und Rechtsformen — Teil II — (Prof. Schmid)	198	BGH, Urteil vom 25. 9. 2006 — II ZR 218/05 —	95
Doppik: aufwändig, teuer, unnütz (Treber)	201	Zur Zwangsvollstreckung durch Neugläubiger; In der Phase des Insolvenzverfahrens, der Wohlverhaltensperiode; Insolvenzfrees und pfändbares Vermögen	
<b>Aus der Praxis</b>			
Erstellung und Inhalt eines Insolvenzplans (App)	9	AG Göttingen, Beschluss v. 2. 10. 2007 — 71 IN 227/03 —	111
Musterschriftsätze für die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung durch die kommunale Vollstreckungsbehörde (Löffelholz)	53	Drohung der drittschuldnerischen Bank mit Kontokündigung; Zur sittenwidrigen Härte	
Persönliche Haftung eines neuen Gesellschafters bei dessen Eintritt in ein einzelkaufmännisches Unternehmen (App)	138	LG Frankfurt/Main, Beschluss vom 14. 12. 2005 — 2/13 T 27/05 —	112
Forderungspfändung (Brix)	155	Zur Zulässigkeit des Drittwiderspruchs in einem Drittschuldnerprozess; Zur Pfändung eines Gesellschaftsanteils an einer BGB-Gesellschaft	
Zur Löschung der vermögenslosen GmbH (App)	180	BGH, Urteil vom 21. 9. 2006 — IX ZR 23/05 —	112
Beliehene Unternehmer und Beleihung — Kurzüberblick (App)	181	Ergänzung des Vermögensverzeichnisses bei Unterhalt des Schuldners aus Mitteln der Familien- oder Haushaltsangehörigen; Zu den ergänzenden Fragen des Gläubigers	
Festsetzungsverjährung bei der Gewerbesteuer — Anlaufhemmung und Zerlegung (App)	229	LG Koblenz, Beschluss vom 3. 2. 2006 — 2 T 818/05 —	114
Zum neuen Verfahren vor dem Nachlassgericht (App)	248	Zur Unwirksamkeit von Aufrechnungen gem. § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO; Zur Bedeutung des Zeitpunktes der Aufrechnungserklärung.	
Zur Fortsetzung einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts nach Kündigung oder Auflösung (App)	249	BGH, Urteil vom 28. 9. 2006 — IX ZR 136/05 —	115
Bezeichnung des Anspruchs im Mahnantrag/Mahnbescheid (Hornung)	274	Auswirkung einer ungünstigen Lohnsteuerklasse auf die Lohnpfändung; Zeitpunkt der Berücksichtigung der sachgerechten Steuerklasse	
<b>Für Berufsanfänger</b>			
Kurzüberblick über privatrechtliche Ansprüche zwischen Hoheitsträgern und Bürgern (App)	59	BGH, Beschluss vom 5. 10. 2005 — VII ZB 26/05 —	141
Zur Unterscheidung zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften (App)	182	Behördliche Drittschuldnerpflicht bei Eingang von Zahlungsverboten bzw. Forderungspfändungen; Organisatorische Maßnahmen zur Sicherung des Pfand- und Einziehungsrecht des Gläubigers	
<b>Rechtsprechung</b>			
<b>1. Ordentliche Gerichte</b>			
Zur Realisierung des Absonderungsrechts beim freihändigen Verkauf; Zum Verzicht auf das Absonderungsrecht	17	Arrest als unzulässige Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahme in der Insolvenz	
LG Erfurt, Urteil vom 22. 5. 2008 — 1 S 12/08 —		Kammergericht Berlin, Beschluss vom 6. 7. 2005 — 2 AR 85/05 —	143
Zur insolvenzrechtlichen Anfechtung von Zahlungen auf titulierte bzw. vollstreckbare Geldforderungen; Zur inkongruenten Deckung — mit Anmerkung von M. App —	19	Zur Verwertung eines Bruchteilsnießbrauchs; Zur Beachtung der Restriktionen aus einer Nutzungs- und Verwaltungsgemeinschaft	
BGH, Urteil vom 7. 12. 2006 — IX ZR 157/05		BGH, Urteil vom 25. 6. 2006 — VII ZB 29/06 —	162
Zur teilweisen Nichtberücksichtigung eines unterhaltsberechtigten Kindes, wenn der andere Elternteil eigenes Einkommen hat	22	Zur Anordnung der Herausgabe von Urkunden bei der Lohnpfändung; Zum Rechtsschutzbedürfnis des Gläubigers im Stadium des Erlasses der Forderungspfändung; Zur Herausgabeanordnung; Zur Bezeichnung der Urkunden; Zu den Besonderheiten bei der Pfändung von Einkommensteuererstattungsansprüchen; Zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes; Zur Bedeutung der Drittschuldnererklärung	
LG Tübingen, Beschluss vom 15. 4. 2008 — 5 T 26/08 —		BGH, Beschluss vom 28. 7. 2008 — VII 2 B 142/05 —	183
Zum rechtlichen Interesse des antragstellenden Gläubigers an der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens; Zur Rechtsmissbräuchlichkeit bzw. Unzulässigkeit — mit Anmerkung von M. App —	40	Wiederholte Abgabe der eidesstattlichen Versicherung; Umzug eines jungen arbeitslosen Schuldners als Indiz für neues Vermögen; Zur Glaubhaftmachung der gesetzlichen Voraussetzungen des § 903 ZPO	
BGH, Beschluss vom 7. 2. 2008 — IX ZB 137/07 —		LG Frankfurt/Main, Beschluss vom 24. 7. 2003 — 2-09/03 —	187
Rechtsschutz gegen „überraschende Zwangsvollstreckung“; Zum Prüfungsrecht des Vollstreckungsorgans	41	Zu den formellen Anforderungen an den Leistungsbescheid der Sozialbehörde bei Durchführung der ZPO-Vollstreckung gem. § 66 Abs. 4 Satz 1 SGB X	
AG Ettlingen, Beschluss vom 6. 2. 2008 — 2 M 2001/08 —		BGH, Beschluss vom 25. 10. 2007 — I ZB 19/07 —	212
Dingliche Ansprüche als Voraussetzung für die Anwendung des § 1124 Abs. 2 BGB; Zwangssicherungshypothek ist in diesem Sinne kein dinglicher Titel	66	Herkunft des Titels maßgebend für das anzuwendende Vollstreckungsrecht; Zur Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen im Zivilrechtswege	
BGH, Urteil vom 13. 3. 2008 — IX ZR 118/06 —		BGH, Beschluss vom 20. 10. 2005 — I ZB 3/05 —	213
Nachbesserung des Vermögensverzeichnisses bei Fremdbewertung von bargeldlosen Zahlungsvorgängen	87		
LG Wiesbaden, Beschluss vom 9. 11. 2006 — 4 T 578/06			

Zur Vollstreckung eines Neugläubigers in das insolvenzfreie Vermögen des Schuldners; Zur Vollstreckung eines Deliktsneugläubigers AG Stralsund, Beschluss vom 5. 8. 2005 — 12 M 734/05 —	214	Kombinierte Erhebung von Mahngebühren und Säumniszuschlägen; Zur Bemessung der Gebührensätze für Mahnungen; Kostendeckungsprinzip VG München, Urteil vom 18. 1. 2007 — 10 K 05.915 —	60
Zur Einordnung grundstücksbezogener Benutzungsgewährungen als öffentliche Grundstückslasten in die Rechtssystematik des Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrechts AG Münster, Beschluss vom 5. 11. 2007 — 9 L 4/06 —	230	Grundsteuern auf vom Insolvenzverwalter freigegebenen Grundstücken als Massenschulden; Zur Reichweite der insolvenzrechtlichen Freigabe VG Halle, Urteil vom 27. 2. 2008 — 5 A 293/05 —	83
Keine Erstattungspflicht des Drittschuldners für Kosten der Erinnerung an die Erklärungspflicht; Zu den Anwaltskosten bei Nichtabgabe der Drittschuldnererklärung BGH, Urteil vom 4. 5. 2006 — IX ZR 189/04 —	236	Zur Akzessorietät eines auf öffentliche Grundstückslasten beruhenden Duldungsbescheides; Sofortige Vollziehbarkeit eines Duldungsbescheides Saarl. OVG, Beschluss vom 12. 10. 2007 — 1 B 340/07 —	85
Verwaltungsvollstreckung von Bagatellforderungen; Zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes; Zur Durchsetzung geringer Geldforderungen im Zivilrecht; Zur Beachtung von Kleinbetragsgrenzen im öffentlichen Recht AG Frankfurt/Oder, Beschluss vom 27. 9. 2007 — 5 M 19/07 —	237	Mitbestimmung des Personalrates bei Privatisierung von Teilaufgaben einer kommunalen Vollstreckungsbehörde; Zur Bedeutung der Befristung bzw. Erprobung der Privatisierungsabsichten VG Saarlouis, Beschluss v. 19. 11. 2008 — 9 L 1777/08 —	88
Anmerkung zum BGH-Urteil vom 9. 11. 2006 — IX ZR 133/05 — von M. App —	238	Zur aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage bei selbständig festgesetzten Säumniszuschlägen; Zum Suspensiv-effekt Thür. OVG, Beschluss v. 23. 11. 2007 — 4 EO 536/07 —	92
Verfahrensweg zur Nachbesserung/Ergänzung des Vermögensverzeichnisses, Nachrang der Erinnerung BGH, Beschluss vom 4. 10. 2007 — ZB 11/07 —	250	Statthafter Rechtsbehelf gegen vollstreckungsrechtliche Entscheidungen gem. § 169 Abs. 1 Satz 2 VwGO Thür. OVG, Beschluss vom 22. 8. 2006 — 4 VO 691/06 —	93
Zur insolvenzrechtlichen Anfechtung einer lange Zeit vor Insolvenzeröffnung wirksam gewordenen Lohnpfändung für den Zeitraum des § 131 Abs. 1 Nr. 2 InsO und danach; § 114 Abs. 3 InsO schließt die Anfechtungsvorschriften nicht aus — mit Anmerkung von M. App — BGH, Urteil vom 26. 6. 2008 — IX ZR 87/07 —	251	Vorläufiger Rechtsschutz bei unterlassener Mitteilung an den Vollstreckungsschuldner über vollstreckungsbehördliche Immobilienvollstreckungsanträge nach der Rechtslage Rheinland-Pfalz OVG Rh.-Pf., Beschluss v. 8. 12. 2006 — 6 B 11232/06 —	118
Zum Prüfungsumfang des Vollstreckungsgerichts zur Drittschuldnerschaft; Zur hinreichenden Bestimmtheit des Begriffes Arbeitslosengeld BGH, Beschluss vom 12. 12. 2007 — VII ZB 38/07 —	253	Stundungszinsen bleiben auch dann unberührt, wenn die Hauptforderung wegfällt, wegen Aufhebung, Änderung oder Berichtigung des Abgabenbescheids im Rechtsmittelverfahren OVG NRW, Beschluss vom 24. 5. 2004 — 9 A 4057/01 —	165
Zur Unterbrechung einer Freiheitsstrafe wegen der Vollstreckung einer Erzwingungshaft; Zu den Unterbrechungsregelungen in der StPO und dem StVollG — mit Anmerkung von M. App — OLG München, Beschl. v. 31. 7. 2008 — 4 VAs 017/08 —	254	Erhebung von Verzugszinsen an Stelle von Säumniszuschlägen; Spezieller Leistungsbescheid als Voraussetzung für die Erhebung von Säumniszuschlägen; Zur Regelung in der Verweisungskette zu § 254 Abs. 2 AO OVG, Brandenburg, Beschl. v. 28. 6. 2005 — 3 B 241/04 —	185
Zur Unzulässigkeit von neuen Gläubigeranträgen nach Insolvenzeröffnung; Frist zur Stellung eines Insolvenzantrages und eines Antrages auf Restschuldbefreiung durch den Schuldner BGH, Beschluss vom 3. 7. 2008 — IX ZB 182/07 —	260	Wirksamkeit der Grundverfügung ist Grundlage für die Verwaltungsvollstreckung; Zur Titelfunktion des Grundverwaltungsaktes BVerwG, Urteil vom 25. 9. 2008 — 7 C 5.08 —	280
Veragung der Restschuldbefreiung; Zu unrichtigen Angaben der Schuldner, die in einer Niederschrift des Vollziehungsbeamten festgehalten sind. BGH, Beschluss vom 9. 3. 2006 — IX ZB 19/05 —	261	<b>3. Finanzgerichte</b>	
Zu den Rechtswirkungen der Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens in einem anderen Mitgliedstaat der EU; Zur Anwendung des Art. 102 § 4 Abs. 2 EGInsO BGH, Beschluss vom 29. 5. 2008 — IX ZB 102/07 —	278	Zur Aufrechnung zwischen einem steuerlichen Erstattungsanspruch und einem Haftungsanspruch in der Insolvenz; BFH, Urteil vom 10. 5. 2007 — VII R 18/05 —	13
Zur Begründung des Aufenthalts eines Schuldners im Inland für die Zuständigkeit zur Abnahme der EV; Zur Ausdehnung des EV-Verfahrens auf weitere titulierte Forderungen BGH, Beschluss vom 17. 7. 2008 — I ZB 80/07 —	284	Aufnahme eines durch Insolvenzeröffnung unterbrochenen Rechtsstreits durch die Finanzbehörde; Zum Wandel des Rechtsstreits BFH, Urteil vom 13. 11. 2007 — VII R 61/06 —	80
<b>2. Verwaltungsgerichte</b>		Zu den rechtlichen Anforderungen an eine Aufrechnungserklärung; Umbuchungsmittelteilung als Aufrechnungserklärung BFH, Urteil vom 26. 7. 2005 IVV R 72/04 —	139
Zur Rechtswidrigkeit einer Pfändungs- und Einziehungsvollstreckung wegen angeblich unrichtigen Abgabenforderungen Nieders. OVG, Beschluss vom 21. 5. 2002 — 1 B473/02 —	21	Zur Ermessensentscheidung zur Abnahme der EV durch die Vollstreckungsbehörde; Ergänzung und Berichtigung in einem eingeleiteten Verfahren; Zur Anwendung des § 131 Abs. 1 AO BFH, Urteil vom 26. 7. 2005 — VII 57/04 —	160
Zur insolvenzrechtlichen Einordnung der Grundsteuer im Jahr der Eröffnung des Insolvenzverfahrens OVG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 21. 2. 2005 — 9 B 23.5 —	42	Zwangsvollstreckung bei Streit über Erlöschen des Abgabenanspruchs; Zur Feststellung des Erlöschens im Abrechnungsverfahren FG Münster, Beschluss vom 11. 3. 2005 — 7 V 691/05 —	163

Auskunftsersuchen zur Ermittlung der Tilgungsquote an Dritte; Zu den Pflichten des Insolvenzverwalters FG Brandenburg, Urteil vom 12. 5. 2004 — 1 K 2447/01 —	164	Arbeitskreistagung der Vollstreckungsbeamten/innen in Rheinland-Pfalz	239
Zur Aufrechnung mit einem Anspruch, der nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens ermittelt, aber an der früheren Insolvenzmasse begründet war; Zur Nachtragsverteilung; Zur Aufrechnungsbefugnis während der Wohlverhaltensphase BFH, Beschluss vom 4. 9. 2008 — IV B 239/09 —	182	Nachruf für Georg Sturm	263
Zur Geltendmachung eines rechtsanhängigen Haftungsanspruches im Insolvenzverfahren; Kein Feststellungsbescheid gem. § 215 Abs. 3 AO BFH, Urteil vom 7. 3. 2006 — VII R 11/05 —	207	Grußwort des Bundesvorsitzenden zum Jahreswechsel (Liese)	265
Keine Überprüfung der Aufhebung von Säumniszuschlägen im Abrechnungsbescheid; Zum Prüfungsumfang von Säumniszuschlägen in Abrechnungsbescheiden BFH, Urteil vom 18. 4. 2006 — VII R 77/04 —	210	Nachrufe für Hans Röder	286
Zur Freigabe einer neuen Tätigkeit aus dem Insolvenzbeschlag; Zu den Auswirkungen auf die Begründung von Masseverbindlichkeiten; Zur Begründung von Neuverbindlichkeiten FG München, Urteil vom 29. 5. 2008	257	<b>Schrifttum</b>	
Steuerhinterziehung als unerlaubte Handlung i. S. des § 302 Nr. 1 InsO; Keine Versagung der Restschuldbefreiung wegen hinterzogener Steuern BFH, Urteil vom 19. 8. 2008 — VII R 6/07 —	282	Umzugskostenrecht Nordrhein-Westfalen	23
<b>4. Sozialgerichte</b>		Beamtenrecht Nordrhein-Westfalen	23
Voraussetzung für die Pfändbarkeit verschleierten Arbeitseinkommens; Zur Darlegungs- und Beweislast des pfändenden Gläubigers LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 16. 8. 2007 — 11 Sa 8/07 —	38	Insolvenzrecht und Steuern visuell	23
Pfändungsankündigung ist kein anfechtbarer Verwaltungsakt und keine Vollstreckungsmaßnahme SG Aachen, Gerichtsbescheid vom 27. 2. 2008 — S 20 SO 6/08 —	67	Umzugskostenrecht des Bundes	24
Verschleiertes Schuldnerincome in der Insolvenz; Fiktive Lohnansprüche und Drittschuldnerklage; Zur Pfändbarkeit der bis zur Zustellung der Verfügung angelaufenen Lohn- und Gehaltsansprüche BAG, Urteil vom 12. 3. 2008 — 10 AZR 148/07 —	68	Kurzüberblick über privatrechtliche Ansprüche zwischen Hoheitsträgern und Bürgern	47
Zu den Problemen bei der Vollstreckungszuständigkeit bei Arbeitsgemeinschaften nach SGB II LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 7. 3. 2007 — L 28/ 134/07 AS	114	Verwaltungsrecht I	47
<b>5. Bundesverfassungsgericht</b>		Insolvenzrecht	48
Verfassungswidrige Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften; Zu den Problemen bei der Vollstreckungszuständigkeit für Arbeitsgemeinschaften gem. SGB II BVerfG, Urteil vom 20. 12. 2007 — 2 BvR 2433/04 —	110	Kommunale Doppik Rheinland-Pfalz	72
<b>Verbandsnachrichten</b>		Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung	95
Grußwort des Bundesvorsitzenden zum Jahreswechsel (Liese)	1	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	96
Bericht des Bundesvorstandes für das Jahr 2008 (Liese)	46	ABC der pfändbaren und unpfändbaren beweglichen Sachen, Forderungen und anderen Vermögensrechte	96
Ankündigung der nächsten Bundesarbeitstagung (Bundesvorstand)	95	Handbuch für das Kassen- und Rechnungswesen	96
Einladung zur Bundesarbeitstagung in Hannover (Liese)	97	Doppelte Buchführung für Kommunen	119
Bericht über die Bundesarbeitstagung des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e. V. am 17. und 18. Juni 2009 in Hannover	188	Die neue Unternehmungsgesellschaft	120
		Rechtsprechung zum Kommunalrecht	120
		Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen	120
		Öffentliche Bauaufträge	144
		Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz	144
		Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	144
		Umzugskostenrecht des Bundes	144
		Reisekostenrecht des Bundes	168
		Beamtenrecht Nordrhein-Westfalen	168
		Öffentliche Bauaufträge	168
		Handbuch für das Kassen- und Rechnungswesen	192
		Das neue Vergaberecht 2009	192
		Handbuch für das Verwaltungszwangsverfahren —VZV—	192
		Abgabenordnung Finanzgerichtsordnung	215
		Umzugskostenrecht des Bundes	216
		Reisekostenrecht des Bundes	216
		Kommunalverfassungsgesetze Rheinland-Pfalz	240
		Landesbesoldungsrecht Nordrhein-Westfalen	240
		Rechtsprechung zum Kommunalrecht	240
		Beihilfenrecht Nordrhein-Westfalen	263
		Das Eigenbetriebsrecht in Hessen	263
		Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Rheinland-Pfalz	264
		Beamtenrecht Nordrhein-Westfalen	264
		Lohnpfändung 2009/2010	264
		Allgemeines Verwaltungsrecht	288
		Umzugskostenrecht des Bundes	288
		Handbuch für das Verwaltungszwangsverfahren —VZV—	288

# Alphabetisches Stichwortverzeichnis

<b>A</b>		Auflösung	249	Inhalt	36
<b>Absonderungsrecht</b>	17	Drittschuldnerprozess	112	Pflicht zur Aufstellung	36
Aufrechnungsrecht aus		Eintragungsfähigkeit, einer	95	Rechtsgrundlage	36
Absonderungsrecht	17	Fortsetzung der	249	Verfahren	37
Anfechtbare Handlung	17	Gesellschaftsvermögen	95	Wirkung	38
Duldungsbescheid, Rechtsfolgen	18	Grundstückseigentümerin	95	Modifizierung	34
Fristberechnung nach § 10 Abs. 3 Nr. 3 ZVG	18	Kündigung	249	Outsourcen	134
öffentliche Grundstückslast bei Verkauf	17	Kündigungsrecht des Gläubigers	249	Reformvorteile	133
<b>Anfechtung</b>	19	Pfändung von Gesellschaftsanteilen	112	Zeitpunkt	33
Forderungen, titulierte	19	Pflichtverletzung vorsätzliche	249	Zielsetzung	34
Deckung inkongruente	19	<b>Benutzungsgebühren</b>	230	<b>Drittschuldner</b>	236
Vollstreckungsdruck	19	Gläubigervorschusserhebung	230	Arbeitslosengeld, Begriff	254
Vollstreckungsinkongruenz	19	Grundstücksbezogene	230	Aufforderungsschreiben	236
<b>Arbeitseinkommen, verschleiertes</b>	38	Haftung des Zwangsverwalters	230	Aufgabenabgrenzung	254
fiktives in der Insolvenz	68	öffentliche Grundstückslast	230	Erinnerung des	236
Pfändung, von	38	Verwaltungskosten	230	Erklärungspflicht	236
Unterschreitung um 25 %	38	Zwangsversteigerungsrecht	230	keine Erstattungspflicht	236
Vergütung, übliche	38	Zwangsverwaltungsrechts	230	Passivlegitimation	254
Voraussetzung für Pfändung	38	<b>Bruchteilsgemeinschaft</b>	244	Prüfungsumfang des Gerichts	254
<b>Aufrechnung</b>	13	<b>Bundesvorstand</b>	188	Zustellung der Pfändung	236
Aufrechnung in der Insolvenz	115	Ankündigung der nächsten Bundesarbeitsstagung	95	<b>E</b>	
Aufrechnungsbefugnis	13	Bericht	46	<b>Eidesstattliche Versicherung</b>	53
Aufrechnungserklärung	139	Bericht über die Bundesarbeitsstagung	188	Ablauf des Verfahrens	54
Aufrechnungshindernis	13	Einladung zur Bundesarbeitsstagung	99	Anordnung und Ladung	54
Aufrechnungsrecht aus Absonderungsrecht	17	Tagesordnung — Foren	100/101	Aufforderung zur Abgabe	160
Aufrechnungsverbot, insolvenzrechtliches	139	Zum Jahreswechsel	265	Ausdehnung des EV-Verfahrens	284
Buchungswünsche	139	<b>D</b>		Auskünfte über Leistungen	114
Entstehen nach Steuerinsolvenzrecht	13	<b>Doppik</b>	33	Auswertung des Vermögensverzeichnisses	54
Erstattungsanspruch	13	Anwendungsbereich	33	Begründung des Aufenthaltsorts	284
Gegenanspruch, nicht festgesetzter	13	Ausgangslage	33	Berichtigung des Vermögensverzeichnisses	160
Haftungsanspruch	13	Bestandteile des Rechnungswesens	34	Bestimmung der Zuständigkeit	284
Umbuchungsmitteilung, maschinelle	139	Change-Management	134	Entscheidung für Abnahme	54
Verrechnungsvertrag	139	Einführung	33	Ergänzung des Vermögensverzeichnisses	160
Zeitpunkt, der	115	Fehlbetrag, nicht gedeckter	37	Erinnerung, § 766 ZPO	250
<b>B</b>		Auswirkung, finanzwirtschaftlicher	37	Ermächtigung	54
<b>Beleihung</b>	181	Haushaltsstrukturkonzept, Fehlbetrag	37	Ermessensentscheidung der Behörde	160
beliehenes Unternehmen	181	Grundsätze der Buchführung	35	Erzwingungshaft	255
Ersatzvornahme	182	Haushaltsausgleich	35	Familien- und Haushaltsangehörige	114
Haftung	182	Ausgleichspflicht — Ergebnishaushalt	35	Freiheitsstrafe	255
Rechtsanspruch	181	Besonderheit: Fehlbetrag	36	Forderungen, titulierte	284
Übertragung staatlicher Aufgaben	181	Finanzhaushalt	36	Gesetzliche Grundlagen	53
Voraussetzungen	181	Grundgedanke	35	Glaubhaftmachung	187
Vorschriften, gesetzliche	181	Teilhaushalt	36	Kontoinhaber, dritte Person	88
<b>BGB-Gesellschaft</b>	95	Haushaltsführung	131	Kontoverleih, Angabe darüber	87
Abfindungsguthaben, Pfändung	112	Haushaltsstrukturkonzept	36		
Abfindungsvereinbarung	250	Anpassung	37		
		Bedeutung	36		
		Genehmigung	37		





Ausschlussfrist	261	Haftungsschuldner, Rechtsstreit gegen	80	Pfandrecht, Begründung	251
Auskunftersuchen	164	Handlungsbedarf für Gemeinde	205	Primäranspruch	85
Bedeutung des § 35 II 1 InsO	241	Herausgabevollstreckung	8	Rechtshandlung durch Insolvenzverwalter	83
Befriedigung, abgesonderte	83	Hauptverfahren	278	Rechtsstreit über Haftungsbescheid	207
bestreiten titulierter Ansprüche	93	Hinterlegung	109	Restschuldbefreiungsantrag, Frist	261
Absonderungsrecht, Geltendmachung	109	Insolvenzantrag, unzulässiger	93	Restschuldbefreiungsantrag, wiederholter	206
Aussonderungsrecht	8	Insolvenzbeschlagnahme	182	Sanierung	50
Auszahlung als Holschuld	110	Insolvenzbefangenes Vermögen	261	Scheinverwalter	278
Auszahlungspfändung	110	Insolvenzfähigkeit, fehlende für Bundesländer, Kirchen usw.	273 274	Schicksal von Insolvenzforderungen (§ 35 I InsO)	243
Begründetheit von Grundsteuer	42	Insolvenzforderungen, festgestellte	110	Schlussstermin	205
Bestreitender	109	Insolvenzfrees Vermögen	214	Schlussverteilung	182
Deliktforderungen	282	Insolvenzmasse, frühere	182	Schuldnererwerb, verschleiertes	68
Deliktsneugläubiger	214	Insolvenzmasse, Verteilung	109	Schutzgesetze	282
Eigentumsvorbehalt	8	Insolvenztabelle, Niederlegung	134	Sicherheitsleistung	9
Einsichtnahme in Unterlagen	164	Insolvenzplan		Sicherung	251
Einsichtsrecht in Tabelle	134	Erstellung und Inhalt	9	Sicherungsgeber/-nehmer	273
Eintragung in Tabelle	134	Insolvenzgläubiger, gewöhnliche	10	Sicherungsübereignung vor Eröffnung	273
Einzelvollstreckung	143	Insolvenzgläubiger, nachrangige	10	Sicherungsübereignungsvertrag	273
Entschuldungszielsetzung	83	Gläubigereinteilung	10	Steuerhinterziehung	282
Erklärung nach § 35 Abs. 2 Ziff. 1 InsO	241	Gläubigerversammlung	9	Tätigkeit durch Insolvenzverwalter	243
Eröffnung	135	Mindestinhalt	9	Tatbestandsvoraussetzungen	206
Erwerb von Eigentum	273	Recht zur Vorlage eines Insolvenzplanes	9	Tilgungsquote	164
Feststellungsbescheid bei Haftung	208	Voraussetzung	9	Verteilung an Gläubiger	49
Feststellungsinteresse	80	Insolvenzverfahren, inländische	278	Unerlaubte Handlung	282
Feststellungsklage	110	Interesse, rechtlich geschütztes	93	Unwirksamkeit der Aufrechnung	115
Folgen einer Sicherungsübereignung	273	Kaufvertrag, bestehen	8	Unzulässigkeit der Vollstreckung	111
Forderungen, aufschiebend bedingt	110	Lohnansprüche, fiktive	68	Verbindlichkeiten, unangemessene	206
Forderungen, dinglich gesichert	93	Lohnpfändung, Anfechtung	251	Verfahrensbeteiligte, andere Personen	135
Freigabe des Grundstücks	83	Liquidierung der Masse	49	Verfahrenskostenvorschuss	40
Freigabe bei selbständiger Tätigkeit	243	Massebereicherung	68	Verjährung des Anspruchs	115
Fristen, richterliche	261	Massegläubiger	83/134	Verwendung von Sicherungsgut	273
Gegenstände in der Masse	101	Masse-/Schuldnerinteressen	83	Voraussetzungen für Eröffnung	135
Geschäftsstelle	134	Mitgliedstaat	278	Vermögen, insolvenzfrees, pfändbares	111
Gläubigerantrag, unzulässiger	261	Mitteilung an GV durch Neugläubiger	214	Versäumnis gegen Erstschuldner	85
Gläubigerversammlung	49	Mitwirkungspflichten des Schuldners	206	Versagungsgründe i. S. v. § 290 Abs. 1 InsO	205
Glaubhaftmachung von Versagungsgründen	205	Nachträglich ermittelte Forderungen	183	Verteilung der Masse	109
Grund- und Gewerbesteuer im Insolvenzverfahren	25	Neugläubiger	111	Verwertungserlös	50
Grundsteuer als Masseschuld	81	Nachtragsverteilung	183	Vorbehaltseigentümer, -käufer	9
Grundsteuer als Insolvenzforderung	52	öffentliche Grundstückslast	79	Vorrang der Beteiligten	164
Grundstückserwerb aus Insolvenzmasse	78	Parteirollenwechsel	80		
Haftung des Eigentümers	80	Passivprozess	207		



Gläubigerbenachteiligung	141	<b>Rechtsschutz</b>	41	Organisation	110
Grundpfandrecht	153	Anordnung der Herausgabe	183	Personal, eigenes	110
Härte, sittenwidrige	112	Beschwerde	93	Sachmittel	110
Kontokündigung	112	Einkommensteuererstattungs- ansprüche	183	Vollstreckungszuständigkeit, SGB II	114
Kontopfändung	112	Einwendungen gegen Voll- streckungsmaßnahmen	93	Verwaltungseinrichtungen	110
Lohnsteuerklasse, ungünstige	141	gegen Zwangsvollstreckung	41	Vollstreckungsklausel	212
Personengesellschaft	51	gegen gerichtliche Entscheidung	93	Vollstreckungsrecht, anzu- wendendes	114
Pfändung in bewegliches Vermögen	153	im Insolvenzverfahren	80	Zwangsvollstreckung aus Leistungsbescheid	212
Pfändungsfreibetrag	22	Immobilienvollstreckung	118	<b>Stundungszinsen</b>	165
Pfändungsgrenzen, Bemessung	22	Mitteilung, unterlassene	118	Änderung der Grundlage	165
Pfändungsverfügung, geduldete	21	Regelungsgehalt, materiellen	118	Akzessorietät	165
Praxistipps für GbR-Pfändungen	53	Rechtsbehelf, statthafter	93	Aufhebung der Grundlage	165
Rechtswidrigkeit einer Verfügung	21	Rechtsschutz, einstweiligen	118	Regelungsgehalt nach § 234 AO	165
Sicherheiten, leicht verwertbare	153	Rechtsschutzrelevanz	118	Rechtsfolgen bei Aufhebung des Abgabenbescheides	165
Schuldgrund, spezifizierter	21	Urkunden bei Lohnpfändung	183	Verstoß gegen höherrangi- ges Recht	165
Schutzfunktion	21	Verhältnismäßigkeitsgrund- satz	183		
Überpfändung	153	Vollstreckungsschuldner, Anhörung	93		
Unterhaltsberechtigter, Nicht- berücksichtigung	11	Vorläufiger	118		
Unterhaltsleistung	22	Voraussetzungen für Voll- streckung	41		
Vermögen, gemeinschaftliches	51	Widerspruchsrücknahme in der Insolvenz	109	<b>V</b>	
Verwaltungsakt	67	Zwangsvollstreckung — überraschende	41	<b>Verbandsnachrichten</b>	
Verwertung von	51			Ankündigung der Bundes- arbeitstagung	95
Vollstreckungsbefugnis	153			Arbeitskreistagung der VB in Rheinland-Pfalz	239
Schuldnerinkommen, ver- schleiertes	68			Bericht des Bundesvorstands	46
Zwangshypothek, Pfändung daraus	66			Bundesarbeitstagung	188
		<b>S</b>		Nachruf, Hans Röder	286, 287
<b>Privatrechtliche Ansprüche</b>	59	<b>Säumniszuschläge</b>	60	Nachruf, Georg Sturm	254
Beziehungen	59	Abrechnungsbescheid	210	Grußwort zum Jahreswechsel	1/265
Finanzvermögen	59	Abrechnungsverfahren	210	<b>Verjährung</b>	229
Fiskalprivatrecht	59	Anfechtungsklage	92	Ablaufhemmung	229
Gleichordnungsverhältnis	59	aufschiebende Wirkung	92	Anlaufhemmung	229
Gerichtszuständigkeit	59	Finanzierungs- und Druck- mittelfunktion, der	92	Rechtliche Würdigung	229
Hoheitsträger	59	keine öffentliche Abgaben	92	Zerlegung	229
Über-/Unterordnungsverhältnis	59	Überprüfung der Aufhebung	210	<b>Vollstreckungsaufschub</b>	135
		Widerspruch	92	Billigkeitsmaßnahmen	136
<b>R</b>		<b>Sicherheit</b>	79	Sicherung der Entscheidung	137
<b>Rechtfertigung der wirtschaft- lichen Betätigung</b>	217	Abgabenforderung	79	Verfahren	137
Daseinvorsorge	217	Besitz für weitere Nutzung	79	Voraussetzungen mit Beispielen	136
Kommunale Selbstverwaltung	218	Folgen der Sicherungs- übereignung	273	Wirkung	137
Koordinierung	218	Grundpfandrecht	153	Zweck und Bedeutung	135
Privatisierung	218	Kraftfahrzeug	79	<b>Vollstreckungsvergütung</b>	152
Problematik	218	Sicherungsübereignung	79	Besoldungsrecht, beamten- rechtliches	152
Öffentlich-Private Partner- schaften	219	Sicherungsübereignung vor Insolvenz	273	Föderalismusreform	152
Vor- und Nachteile	219	Übereignungsvereinbarung	79	Gestaltungsmöglichkeit der Länder	152
Wesen	219	Muster-Formulierung	79/80	Kompetenzgefüge	152
Rechtsgrundlagen	219	unbewegliches Vermögen	153	Ländergesetzgebung	152
Verbindung zu anderen Rechts- gebieten	219	<b>Sozialleistungen</b>		Neukonzeption	153
Verfassungsrecht	217	Arbeitsgemeinschaft, SGB II	114	Neuregelungen, landes- rechtliche	152
Zuordnung aus verwaltungs- rechtliche Sicht	217	Ausfertigungen, elektronische	212	Rahmenkompetenz	152
		Hartz IV	110	Rechtsverordnung	152

<b>Vollstreckungshilfe</b>	6	Versorgungs- und Verkehrsbetriebe	76	Subsidiaritätsklausel für Aufgaben	177
Aspekte	7	Wohl der Einwohner	76	Anhörungspflicht	178
Begrifflichkeiten	6	Nutzungscoordination	76	Daseinsvorsorge	177
Amtshilfe, Einziehungsersuchen	6	Kommunale Selbstverwaltung	76	Formen	177
E-Government — Strukturen	7	örtliche Energieversorgung	76	Geltungsbereich	179
Elektronische	6	Pflicht der Kommune	76	Kriterien	178
Fallzahlen, steigende	6	unabdingbarer Bestandteil	76	Leistungsfähigkeit und Bedarf	179
Input-Schnittstelle	7	Wegeigentum, kommunaler	76	Rechtsprechung	179
Marktanalyse	7	Kommunalwirtschaftliche Ziele	199	Wirkung	179
Kundenpotential	7	Monopolmissbrauch, Verbot	200	Zielsetzung	177
Marktvolumen	7	Negativabgrenzung	104	Unternehmen, nicht-wirtschaftliche	105
Medienbruchfreiheit	7	Öffentlicher Zweck	176	Zuordnung aus verwaltungsrechtlicher Sicht	75
Output-Schnittstellen	7	Aufgabenbezug	176	Voraussetzungen	175
Prioritätenkatalog	7	Daseinsvorsorge	176	Wirtschaftlichkeit	199
Strukturdaten	6	Kriterien zum öffentlichen Zweck	176	Zielsetzungen	175
Strukturelle Besonderheiten durch verschiedenen Landesgesetze	6	Rechtsprechung	176		
		Partnerschaften, öffentlich-private	77	<b>Z</b>	
<b>W</b>		Formen	77	<b>Zahlungsverbot</b>	142
<b>Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen</b>	75	Rechtsgrundlagen	78	Drittschuldnerpflichten	142
Aufgabenbezug	175	Verbindung zu anderen Rechtsgebieten	78	Organisatorische Maßnahmen	142
Ausreichende Betriebsgröße	180	Vor- und Nachteile	77	Zumutbarkeit	142
Begriff und Arten	104	Wesen	77	<b>Zwangsvollstreckung</b>	163
Begriffsmerkmale	104	Privatisierung	76	Abrechnungsverfahren	163
Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets	180	Dienstleistungen	76	Bagatellforderungen	237
Betätigungsbereiche und Problematik	105	Energie — Wasserversorgung	77	bei Erlöschen des Anspruchs	163
Energieversorgung	105	Sozialstaatsprinzip	77	Durchsetzung im Zivilrecht	237
Fernwärmeversorgung	107	Teilbereiche, gewinnträchtige	77	Feststellung im Abrechnungsverfahren	163
Gasversorgung	106	Rechtsformen wirtschaftliche/unwirtschaftliche	200	Herkunft des Titels	213
Kommunale Wohnungsvermittlung/Baugesellschaft	108	Rechtlich selbstständige Unternehmen	201	Kleinbetragsgrenze, Beachtung	237
Kurbetriebe	108	Privatrechtliche Unternehmen	201	Neuregelung des Benutzungsrechts	162
Schwerpunkte	105	Rechtsform des öffentlichen Rechts	201	Nießbrauch	162
Sparkassen	107	Rechtlich unselbstständige Unternehmen	200	Unterwerfung nach § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO	213
Stromversorgung	106	Eigenbetrieb	200	öffentliches Interesse	237
Unternehmen, sonstige wirtschaftliche	108	Regiebetrieb	200	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	237
Verkehrsbetriebe	107	Rechtsträger, Einteilung	200	Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen im Zivilrechtsweg	213
Wasserversorgung	107	Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	200	ZPO — Titel	213
Betriebserfolg	199	Öffentliche Unternehmen	200	<b>Zwangsvollstreckung — Elterngeld —</b>	4
Daseinsvorsorge	76	Private Unternehmen	200	Auszahlungsstellen — Länderübersicht	4
Erwerbswirtschaftliche Ziele	198	Rentabilität	199	Einleitung	4
Gesetzliche Bestimmungen	104			Pfändbarkeit	5
Koordinierung	76			Praxistipp	5